XING - Ein Kulturmagazin
Heft 25 - ISSN 2075-2539 € 30,-

XING

Auf den Spuren eines „Wahnsinnsattentats“.

Die Wohnbausteuer und ihre mediale Verhandlung von Februar 1922 bis Juni 1934.

XING-MAGAZIN.AT

Inhalt

Gedanken zur Einführung der Wohnbausteuer.
Michael Ludwig 2

Auf den Spuren eines „Wahnsinnsattentats“. Die Wohnbausteuer und ihre mediale Verhandlung von Februar 1922 bis Juni 1934. 4
Bernhard Seyringer

Abschnitt 1: Die Zeitungslandschaft der Ersten Republik. 6

Abschnitt 2: Untersuchte Medien. 9

Abschnitt 3: Parteiinterne Debatte – Die Vorgeschichte. 17

Abschnitt 4: Allgemeine Mietzinsabgabe (Februar 1922). 19

Abschnitt 5: Die neue Wohnbausteuer (Jänner 1923). 25

Abschnitt 6: Mediale Debatten 1924. 29

Abschnitt 7: Das „Attentat auf den Mittelstand“ (November 1931). 31

Abschnitt 8: „Zeit für einen Putsch.“ (Jänner 1932). 39

Abschnitt 9: „Milderungen“ für die Wirtschaft (Juni 1934). 45

Literatur 47

Anhang 48

Das Jahr 1923 markiert einen entscheidenden Wendepunkt in der Wiener Wohnungspolitik. Zwar waren schon unmittelbar nach der Gründung der Ersten Republik einige Gemeindebauten geplant und errichtet worden, doch schuf erst die Stellung Wiens als eigenes Bundesland die Möglichkeit, eine Finanzierung des sozialen Wohnbaus auf breiter Basis einzuführen. Der Wohnbau wurde damit zum Kernpunkt der neuen sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Da Wien damals die einzige sozialdemokratisch regierte Millionenstadt der Welt war, wurde dieses Reformprogramm auch international stark beachtet.

GEDANKEN ZUR EINFÜHRUNG DER WOHNBAUSTEUER

AUTOR: MICHAEL LUDWIG
Amtsführender Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

Die von Stadtrat Hugo Breitner eingeführte Wohnbausteuer unterschied sich vor allem durch ihre starke Progression von anderen Ländern Europas. Während für eine einfache Arbeiterwohnung jährlich durchschnittlich 2,083 % der Vorkriegsmiete an Steuer abzuführen waren, stieg dieser Steuersatz bei Luxuswohnungen auf bis zu 36,64 %. In anderen Städten, die nicht mit einer solchen Steuerhoheit ausgestattet waren, musste dagegen mit teuren Kapitalmarktdarlehen oder mit unzureichenden Budgetmitteln gebaut werden.

Der soziale Wohnbau des Roten Wien war daher einzigartig: Bis 1934 wurden insgesamt 61.175 Wohnungen in 348 Wohnhausanlagen, außerdem 42 Siedlungsgruppen mit 5.257 Siedlerhäusern errichtet. 1934 wohnte bereits ein Zehntel der Wiener Bevölkerung in Gemeindewohnungen. Die Ausstattung der Gemeindebauten mit Versammlungsräumen, Bädern, Kindergärten, Waschküchen, Konsum-Läden, Bibliotheken, etc. stellte einen wichtigen Schritt zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung im Bereich des Wohnens dar. In den Gemeindebauten sollten all jene sozialen Errungenschaften konzentriert werden, die den Unterschied zur privatkapitalistischen Stadt des 19. Jahrhunderts deutlich machten. Die verbesserte Infrastruktur wie etwa Kindergärten kam daher auch den umgebenden Stadtteilen zugute.

Es überrascht nicht, dass diese Steuerpolitik auf den wütenden Widerstand der Opposition – vor allem der Christlich-sozialen Partei – stieß, die eine Entwertung des privaten Hausbesitzes fürchtete. Während einige „Hausherrenstreiks" wenig Erfolg zeigten, konzentrierte sich der Kampf gegen die Breitner-Steuern auf – oft hetzerische und auch antisemitische – Kampagnen in einem Teil der Presse. Nach der Ausschaltung der Demokratie im Jahr 1934 wurde der soziale Wohnbau durch die Abschaffung seines wichtigsten Finanzierungsinstruments de facto beendet. Die jahrelange Medienkampagne hatte daran wohl einen nicht zu unterschätzenden Anteil.

Ich begrüße es daher, dass mit der vorliegenden Forschungsarbeit eine wichtige Lücke in der Aufarbeitung des sozialen Wohnbaus des Roten Wien geschlossen werden kann. «

SCHLUSS MIT

BREITNER

Breitnersteuern

Glöckelschule

Wohnbautätigkeit

Gemeindefürsorge

Straßenpflege

WINEX-ARABÖ-SCHEFFLER-SKANDAL

Wien mit Hilfe der Antimarxisten dem Austrobolschewismus widerstandslos ausgeliefert worden ist.

Schluß mit dem Verrat der Antimarxisten!

Wähler-Versammlung

Dienstag, den 19. April 1932, um 8 Uhr

beim Greilinger, XVIII. Bastiengasse 18 und im Währinger Brauhaus

Wien, XVIII. Gentzgasse Nr. 63 und hört, was unsere Redner

Fink, Tischler — Gratzenberger, Cohrs

über die **nationalsozialistischen Kommunalforderungen** zu sagen haben.

Kostenbeitrag.

Juden Eintritt verboten!

Wahlwerbeplakat zu den Wahlen 1932; Quelle: ÖNB Bildarchiv und Plakatsammlung;

Die Wohnbausteuer bildete die fiskalpolitische Grundlage für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien und damit einer zentralen Säule des „Roten Wien“.

Im Subtext der Presseberichte zur Wohnbausteuer ist der Weg in die politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts abzulesen: politische Polarisierung, Radikalisierung und das Heraufziehen des Faschismus.

AUF DEN SPUREN EINES WAHNSINNSATTENTATS.

Die Wohnbausteuer und ihre mediale Verhandlung von Februar 1922 bis Juni 1934.

TEXT: BERNHARD SEYRINGER
Soziologe und Herausgeber von XING Magazin

Die Studie und ihr ironischer Titel folgen den Spuren der medialen Verhandlung zur Einführung der Wohnbausteuer in ihren verschiedenen Adaptionen im Zeitraum von Jänner 1922 bis Juni 1934. Die Wohnbausteuer bildete die fiskalpolitische Grundlage für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien und damit einer zentralen Säule des „Roten Wien“. Der Titel spielt auf die dramatische, teilweise hysterische Argumentationsweise der „bürgerlichen“ Zeitungen über die „katastrophalen Auswirkungen der Wohnbausteuer“ in Wien an. Folgt man dieser, so wäre eine triumphale Berichterstattung über das Ende des „Steuersadismus“, der „Devastierung Wiens“ und des „Wahnsinnsattentats“ nach deren Abschaffung im Juni 1934 zu erwarten gewesen. Aber von Triumph keine Spur. Die Nachricht war kaum eine Meldung wert. Der politische Gegner musste nicht mehr im demokratischen Wettbewerb um öffentliche Meinung besiegt werden, denn er war bereits ausgeschaltet. (Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs wurde am 12. Februar 1934 verboten.)
Im Subtext der Presseberichte zur Wohnbausteuer ist der Weg in die politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts abzulesen: politische Polarisierung, Radikalisierung und das Heraufziehen des Faschismus.Die Untersuchung beginnt im **ersten Abschnitt** mit einer kurzen Darstellung des Tageszeitungsmarktes in Wien nach dem I. Weltkrieg und stellt als **zweiten Abschnitt** die untersuchten Tageszeitungen – Arbeiter-Zeitung, Reichspost, die Zeitungen mit Nähe zur Großdeutschen Volkspartei (später nationalsozialistisch), die Wiener Morgenzeitung, Der Abend, das Neue Wiener Journal und die Neue Freie Presse – dar.

Der **dritte Abschnitt** befasst sich mit der parteiinternen Diskussion zur Frage der Wohnbaufinanzierung anhand von ausgewählten Artikeln aus der Parteizeitung der Sozialdemokratischen Partei (SDAP), der Arbeiter-Zeitung im Mai/Juni 1921. Der **vierte Abschnitt** analysiert die Berichterstattung zur Einführung des ersten Entwurfs der „Wohnbausteuer“, damals noch Allgemeine Mietzinsabgabe, im Februar 1922. Die Allgemeine Mietzinsabgabe wurde mit den Stimmen der SDAP und der Tschechischen Sozialdemokraten gegen die

Kinder spielen Fußball auf der „Gstetten“, im Hintergrund der Karl Marx Hof, Wien 1931; Quelle: ÖNB Bildarchiv;

Stimmen aller anderen im Wiener Gemeinderat befindlichen Parteien beschlossen.

Mit einer Analyse zur Pressediskussion über das weiterentwickelte Wohnbausteuer-Gesetz und dessen tariflichen Anpassungen, ein Jahr später, wird die Untersuchung fortgesetzt (**Abschnitt Fünf**). Das Abstimmungsverhalten der politischen Parteien hatte sich im Jänner 1923 verändert: Nur die Christlich-Soziale Partei (CSP) stimmte gegen den Antrag, alle anderen Parteien stimmten diesmal dafür. Die Parteien stimmten dem politischen Vorhaben aber nicht umfassend zu: es wurden etliche Anträge über zeitliche Befristung der Steuer (Großdeutsche) oder Dämpfung der Progression für Geschäftslokale (Liberale) eingebracht. Eine Einsicht in die Notwendigkeit des politischen Vorhabens von Seiten der meisten politischen Parteien lässt sich dennoch aus den Gemeinderatsprotokollen sehr wohl herauslesen.

Der **sechste Abschnitt** beschreibt die Diskussionen zu den Erhöhungen und Progressions-Anpassungen im April und November 1924. Der **siebente Abschnitt** beschreibt eine öffentliche Debatte, die eigentlich keine Debatte mehr war, sondern eine permanente Kriegserklärung der „bürgerlichen“ Presse gegen die „Rathausmarxisten“, ein Kampf der vorläufig noch auf die Medien beschränkt blieb.

Ende 1931 und Anfang 1932 hatte sich die Innenpolitik in Österreich bereits stark gewandelt: in Wien regierte noch eine sich bereits in der Defensive befindliche Sozialdemokratie in vielen Fragen bereits mit dem Rücken zur Wand.

Im Juni 1934 wandelte der austrofaschistische Bürgermeister Richard Schmitz die Wohnbausteuer in eine Mietaufwandsteuer um, beseitigte damit den politischen Anspruch der Steuer und setzte damit den logischen Schlusspunkt dieser Untersuchung. «

ABSCHNITT 1:

DIE ZEITUNGSLANDSCHAFT DER ERSTEN REPUBLIK

„Am Zeitungsmarkt ist es recht lebendig geworden. Wohl von der Empfindung diktiert, daß das allgemeine Interesse am öffentlichen Leben auch bei uns ein regeres geworden ist, unternehmen es Verleger und Journalisten, mit neuen Zeitungen hervorzutreten“,

schreibt die Tageszeitung ***Der Morgen*** am 17. März 1919. Diese saloppe Beschreibung trifft ganz gut, die enormen Wandlungen der Medienlandschaft am Anfang des Untersuchungszeitraumes, die sich aus Gründen der dramatischen politischen Veränderungen – Ende der Monarchie, Verlierer des I. Weltkrieges, Aufstieg der Arbeiterbewegung als politische Kraft...– sehr unübersichtlich darstellte.

Betrachtet man den gesamten Wiener Tageszeitungs-Markt erhält man folgende Zahlen: Die Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen in der Ersten Republik schwankte zwischen 1,1 und knapp 1,4 Millionen Stück. Die Anzahl der Tageszeitungen bewegte sich zwischen 31 Zeitungen im Jahr 1920 und 26 Zeitungen im Jahr 1933.[1]

Wie sehr der Tageszeitungsmarkt in Bewegung war zeigt auch daran, dass nur mehr drei von zwölf Zeitungen zur Nationalratswahl von 1920[2] auf ihrer jeweiligen politischen Position von 1919[3] blieb. Eine – zumindest teilweise – Erklärung dafür ist die Marginalisierung der traditionellen, deutsch-liberalen Parteien, wie sie im Reichstag ab 1911 vertreten waren. Die Konfrontationen in der Presselandschaft waren die gesamte Erste Republik hindurch von den Auseinandersetzungen der „christlich-katholischen“ und der „sozialdemokratischen“ Weltanschauung[4] dominiert, die nach dem Ende der Koalition 1920 heftiger wurden[5]. Insgesamt war der Aufstieg der Parteien-Presse eine Herausforderung für die traditionell-liberalen Medien, wie insbesondere an der Entwicklung der Neuen Freien Presse abzulesen ist.

1 Quelle: http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht%20Nr%201.pdf

2 Anm.: Nationalratswahl: 17. Oktober, 1920

3 G. Melischek, J. Seethaler: Medien und politisches System in der „österreichischen Revolution“ 1918/20; In: K. Imhof, P. Schulz: Kommunikation und Revolution, Seismo, Zürich, 1998, S.126 Anm.: Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung: 16. Februar 1919, Wiener Gemeinderat am 4. Mai 1919

4 Stadler, 1990, S. 31

5 Fritz Csoklich: Presse und Rundfunk, In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik: Österreich 1918 –1938: Geschichte der Ersten Republik. Graz, Wien, Köln, Styria Verlag, 1983, S. 717

Das heißt, kurz gesagt, die in der am häufigsten zitierten Sekundärliteratur getroffene Aussage, dass der blühende Wiener Zeitungsmarkt nach dem I. Weltkrieg in eine tiefe Krise kam[6], lässt sich bei genauerer Betrachtung, nicht so eindeutig darstellen: Neben vielen Neugründungen, kam es zu Einstellungen und ernsthaften Krisen liberaler Medien. Die Parteien-Presse hatte zwar an Bedeutung stark zugenommen hat, war aber wirtschaftlich immer bedroht.

Bilder diese Seite: Wien 1930. oben: 1930, Mann schläft auf der Straße - fotografiert durch ein Gitter; unten: Plakatierer bei der Arbeit. Quelle beide: ÖNB, Bildarchiv

6 Vgl.: Paupie, 1960, S. 40; Pelinka, Scheuch (1989, S. 6)

Der von Matis[7] diagnostizierte, deutliche Rechtsruck am Wiener Zeitungsmarkt in den 1930er Jahren gilt auch speziell für die ***Neue Freie Presse***, da die anderen Zeitungen bereits 1927 mit der Unterstützung der „Einheitsliste"[8], im Rahmen derer auch Kandidaten der Nationalsozialisten aktiv waren, einen deutlichen Rechtsruck vollzogen haben. Zeitungen wie das ***Neue Wiener Journal*** vollzogen diese politische Verortung weit rechts im politischen Spektrum schon Mitte der 1920er Jahre mit intensivierender Tendenz, wie im Rahmen dieses Untersuchungsthemas besonders deutlich wird. Für etliche „bürgerliche" Medien war das die Reaktion auf steigenden Wettbewerb bei der Suche nach Leserschaft. Ob freilich, wie Csoklich andeutet, die Einführung der Inseratensteuer in Wien 1923 mit der *„in erster Linie die finanzstarken liberalen Blätter zur Kasse gebeten werden sollten"* [9] eine Begründung für die Radikalisierung (gegen die Sozialdemokraten) der Presse war, lässt sich in diesem Zusammenhang nicht klären.

Angesichts der oben dargestellten Situation wundert es wenig, dass in der Medienwelt der Tageszeitungen der Zwischenkriegszeit nicht immer Lauterkeit und Wahrhaftigkeit die Oberhand behielten, wie ganz gerne in der historischen Reflexion von „der großen Zeit des österreichischen Journalismus" behauptet wird. Pressekorruption und die Vermengung wirtschaftlicher und politischer Interessen auf Seiten der Journalisten waren an der Tagesordnung: die Tageszeitung ***Die Stunde***[9] gilt als das Revolverblatt schlechthin, aber auch die Enthüllungen über den Chefredakteur des ***Abend*** im Februar 1926, die Vertuschungen bei den ***Wiener Neuesten Nachrichten*** im Rahmen des „Postsparkassenskandals" oder bei liberalen Medien wie dem ***Neuen Wiener Tagblatt***[10] im Rahmen der Affäre um die Boden-Credit-Anstalt 1927 oder schließlich der ***Neuen Freien Presse*** im Zusammenhang mit der Pleite der Kreditanstalt 1931, um nur die Bedeutendsten zu nennen, sind die Schattenseiten dieser österreichischen Glanzzeit der Mediengeschichte.

Auch das Bild der von Bildungshunger und Wissensdurst getriebenen Leserschaft von damals muss an dieser Stelle leider korrigiert werden. Leserinnen und Leser von damals sind den heutigen weniger fremd, als gern angenommen wird. Friedrich Austerlitz erklärte schon 1909 in einem Artikel der Arbeiter-Zeitung[11]: der durchschnittliche Zeitungsleser liest weder die ***Arbeiter-Zeitung*** noch die ***Neue Freie Presse*** sondern die zur Befriedigung der Sensationsgier dienenden „Volksblätter" wie die ***Illustrierte Kronen-Zeitung***. «

Plakatwerbung, Nationalratswahl 09.11.1930; Quelle: ÖNB Bildarchiv;

7 Herbert Matis, Gabriele Melischek, Josef Seethaler: Versäumte Konsolidierung. Medien und politische Parteien in der Ersten Republik. In: Hedwig Kopetz, Joseph Marko, Klaus Poier (Hrsg.): Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation. Band 2. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag, 2004, S. 890f

8 Die „Einheitsliste" kandidierte zu den Wahlen am 24. April, 1927, NR-Wahl und GR-Wahl fielen in Wien zusammen;

9 Zur Tageszeitung Die Stunde: Arbeiter-Zeitung: „Wessen das Stunde-Gesindel fähig ist", 3.Juli 1926; Arbeiter-Zeitung: „Die Regierung subventioniert den Erpressungsbetrieb des Herrn Bekessy", 18., 20. Juli 1926; Anm.: nach Dieter Stiefel, das erste Medium in Österreich das „Aufdeckerjournalismus" betrieb, zitiert nach: Dieter Stiefel: Camillo Castiglioni oder die Metaphysik der Haifische, Wien, 2012, S.43; vgl.: Peter Kirchweger: Inflations- und Revolverpresse in der ersten österreichischen Republik. Emmerich Bekessy in Wien von 1920 bis 1926; Diss., Wien 1984

10 Peter Melichar: Verteilungskämpfe. Bemerkungen zur Korruption im Österreich der Zwischenkriegszeit; In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.) Korruption in Österreich. Historische Streiflichter, 2011, S.95

11 Arbeiter-Zeitung, 25. 9. 1909